

„Für trockene Keller in Berlin“ Appell des Aktionsbündnisses im V DGN

Seit Anfang der 90er Jahre stehen in Berlin Keller unter Wasser – in zahlreichen Siedlungsgebieten von Pankow bis Spandau, genau so wie in Berlins Mitte. Als Folge hoher Wasserpreise, wirtschaftlicher Umstrukturierung und gesunkenem Wasserverbrauch kämpfen bereits zehntausende Hauptstädter um den Erhalt ihrer Gesundheit und ihres Wohnraums. Täglich werden es mehr, denn das Wasser steigt... Doch das Problem wird ignoriert. Der „Runde Tisch Grundwassermanagement“ der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt entpuppte sich als Alibiveranstaltung. Doch alle Bürger und Unternehmen haben gleichermaßen ein Recht auf sichere, gesunde und lebenswerte Arbeits- und Lebensbedingungen. Daher muss basierend auf der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU mit der Umsetzung nachstehender Forderungen sofort begonnen werden.

Schluss mit einer Wasserpolitik zu Lasten der Betroffenen!

Siedlungsverträgliche Wasserstände sind als Grundrecht in der Verfassung Berlins zu verankern.

Die V DGN-Verbände-Initiative „Grundwasserkonferenz für Berlin“ ist umgehend umzusetzen.

Es ist ein stadtweites Wassermanagement auf der Basis eines funktionierenden Monitorings einzuführen. Zudem sind die stadt- und siedlungsverträglichen Wasserstände in einer Grundwassergleichenkarte festzulegen.

Ein Finanzierungsfonds zur Unterstützung von Geschädigten ähnlich wie in Sachsen-Anhalt ist schnellst möglich einzurichten.

In der Verwaltung sind klare Verantwortlichkeiten festzulegen, um den Betroffenen schnell helfen zu können.

Es ist eine zukunftsweisende Wasserpolitik im Rahmen der Daseinsvorsorge einzuführen. Dazu gehört die Senkung der Wasserpreise genau so wie die Einführung von Sprengwassertarifen.

Die bestehenden Anlagen zur Grundwasserabsenkung sind zu erweitern und ohne Ausfälle zu betreiben. Neu anzulegende und vorhandene Regenwasserauffangbecken, Drainage- und Kanalsysteme gilt es, regelmäßig zu kontrollieren, zu reinigen und zu warten.

Die ökologische und siedlungsverträgliche Grundwasserregulierung hat unabhängig von den Erfordernissen der Trinkwasserbereitstellung zu erfolgen.

Das Grundwassermessnetz muss auf die Anforderungen in den Grund- und Schichtenwasser gefährdeten Siedlungsgebieten ausgerichtet und als Überwachungssystem ähnlich wie z. B. in Dresden betrieben werden.

Berlin am 9. Januar 2013

Die Mitglieder des Aktionsbündnisses im V DGN
